



Stellungnahme zum Ausgang des Volksentscheids zur Primarschule in Hamburg

„Das war ein Scheißtag!“ sagte Christa Goetsch, Schulsenatorin in Hamburg, etwas flapsig über den 18. Juli und dem kann ich eigentlich nur beipflichten. Differenzierter betrachtet möchte ich dennoch einiges anmerken.

Nicht nur mein ursprüngliches Ziel war eine Schule für alle bis zur Klasse 10. Denn nur so kann ein wirklich sozial gerechtes Schulsystem erreicht werden. Die Primarschule wäre ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung gewesen.

Dies wurde durch eine rechtsbürgerliche Kampagne, demagogisch und populistisch geführt, unterstützt durch die Springerpresse, verhindert. Die Politik des Senats im Bereich der vorschulischen Erziehung war auch nicht gerade hilfreich. Die Gebührenerhöhung für die KITAS hat viele Eltern sicherlich veranlasst, verärgert gegen die Schulreform zu stimmen.

Doch es bleibt viel Positives:

- Abschaffung des Büchergeldes
- kleinere Klassen in der Grundschule
- intensivere Fortbildung für die Lehrkräfte
- besserer Unterricht durch Individualisierung und kooperative Lernformen
- mehr Sprachförderung
- Inklusion von Kindern mit besonderen Förderbedarfen
- weniger Zensuredruck
- Abschaffung des Sitzenbleibens

- besser vorbereiteter Übergang Schule/Beruf
- stärkere Einbeziehung der Eltern in die Lernentwicklung ihrer Kinder

Weiterhin wird es den Schulkonferenzen jeder Schule überlassen bleiben, Fusionsbeschlüsse rückgängig zu machen oder für 2011 den Antrag auf Schulversuch für ein längeres gemeinsames Lernen zu stellen. Sicherlich wird es auch mehr Ganztagschulen geben. Das Abschulungsverbot der Gymnasien ab Klasse 8 sollte nun ohne die Primarschule deutlich abgesenkt werden. Engagierte Menschen innerhalb und außerhalb der Schule können also die Bildung in Hamburg voranbringen, auch ohne veränderte Schulorganisation.

In diesem Sinne weiterhin in unserer Stadt auf die verantwortlichen Menschen in der Politik und den Behörden einzuwirken, insbesondere aber auch die Lehrkräfte von der Notwendigkeit zu überzeugen, gewohnte Bahnen zu verlassen und sich auf Neues einzulassen, bleibt eine wichtige Herausforderung.

Insofern ist Hamburgs Bildungslandschaft nicht mehr wie vorher, braucht aber weiterhin solidarisch begleitende Unterstützung und Kritik. Ziel bleibt das gemeinsame Lernen bis zur Klasse 10!

Helmuth Sturmhoebel

Stellvertretender Vorsitzender des Landesschulbeirats und in dieser Funktion nicht stimmberechtigtes Mitglied der Deputation der Schulbehörde

AUS DEM INHALT

Zum Ausgang des Volksentscheids zur Primarschule in Hamburg
von Helmuth Sturmhoebel 1

Religion/Kirche/Kritik/Aus der Verbandsarbeit
Einladung zum WOCHENENDESEMINAR nach Kalifornien (Ostsee) ... 2
Aus dem Landesverband von Angelika Scheer 2
Einladung zur außerordentlichen Mitgliederversammlung 3

Aus den Pressemitteilungen des DFV Nord:
Özkan hat Recht – Staat zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet 3
Freidenker fordern Wirksamkeit gesetzlicher Betreuung über den Tod hinaus 3
Freidenker unterstützen Forderung an Wulff nach Rückzug bei ProChrist 4
Freidenker begrüßen BGH-Urteil zur Sterbehilfe 4

DFV-Exkursion 2010: „Freidenker machen das Tor zur Welt auf“ 4
Wer waren die Pfeffersäcke? Von Gerd Adolph 6

Antifaschismus
Die NPD-Verbotsdebatte von Dr. Axel Holz, Vors. VVN/BdA-MV 7
Esther Bejarano zum 8. Mai – Ein Standpunkt zu Israel 8
Die Wurzeln des Faschismus in Schleswig-Holstein von Gerd Adolph .. 9

Aus den Regionen:
Neustadt/Holstein: „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ 9
Eutin: Am 65. Jahrestag der Befreiung - Veranstaltung in Eutin 10
Schleswig-Holstein: Nachlese der Menschenkette am 24. April 2010 10
Hamburger Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz 10

International:
Initiative zur Unterstützung der Menschen in Haiti 11

Dit und dat
Fußball-WM: Nationalismus – ein Stück Volksverdummung 11
Gescheitert an der Elbphilharmonie – Kultursenatorin gibt auf 11

Tipps und Termine bis Jahresende 12

Kultur ist, wie man lebt

Vom Lebensanfang bis zum Lebensende gehören Feiern als kulturelle Ereignisse auch bei Freidenkern zum Leben dazu. Wir wollen uns mit der weltlichen Feierkultur zu den verschiedenen Höhepunkten im Leben von Freidenkern befassen. Das sind:

**Namensweihen
Jugendweihen
Eheschließungen
Weltliche Trauerfeiern**

Zunächst wird der Stellvertretende Verbandsvorsitzende EBERHARD SCHINCK (Neubiberg) ein Referat zur Einführung in die weltliche Feierkultur geben. Folgende Fragen werden unter anderem eine Rolle spielen: Was bedeutet feiern für den Menschen? Was ist Feierkultur? Welche gesellschaftliche Bedeutung hat das Feiern für die Menschen? Gehören die unzähligen „Events“ zur Feierkultur aus freidenkerischer Sicht?

In Kurzreferaten folgen die Erfahrungen von aktiven Freidenkern, die die verschiedenen Bereiche der Feierkultur gestalten. Es folgt die Aussprache. Ziel des Seminars sollen Informationsaustausch, Anregungen und Planung von Angeboten sein.

Das Seminar findet statt im NATURFREUNDEHAUS KALIFORNIEN, Deichweg 1, 24217 Kalifornien. Anreise am 22. Oktober bis 18.00 Uhr (Abendessen). Der Abend ist für Erfahrungsaustausch reserviert. Am Vormittag des 23.10. ab 9.00 Uhr findet bereits unsere offene Vorstandssitzung statt, zu der auch die anderen Seminarteilnehmer herzlich willkommen sind.

Am Sonntag, 24.10., findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, auf der Satzungsänderungen beschlossen werden müssen, die auf Empfehlung des Finanzamtes aufgrund des neuen Gesetzes über die Gemeinnützigkeit erfolgen sollten, damit die Gemeinnützigkeit des DFV-Nord erhalten bleibt.

Alle Mitglieder erhalten eine gesonderte Einladung (siehe in diesem Rundbrief, Seite 3).

Preis pro Person im Doppelzimmer Vollpension von Freitag bis Sonntag 75 Euro und im Einzelzimmer pro Tag 8,00 Euro Zuschlag. Für das Seminar erhebt der Landesvorstand eine Seminargebühr pro Person von 10 Euro.

Die Anreise erfolgt am Freitag. Am Abend haben dann die ange-reisten Teilnehmer Zeit, sich kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen. Ab sofort nimmt der Landesverband Anmeldungen für das Wochenende entgegen. Wer nur an dem Seminar ohne Verpflegung teilnimmt, zahlt natürlich auch nur die Seminargebühr.

Den Betrag für das Wochenende bitte auf das Konto des DFV Nord überweisen unter dem Stichwort: Wochenendseminar. DFV-Landesverband Nord e.V., Kontonr. 108359207, BLZ 20010020 Postbank Hamburg

Anmeldung bitte vor der Überweisung an:

Landesverband Nord e.V. (Tel. 040 631 62 60) oder über die Mailadresse dfv-nord@freidenker.de und per Post: DFV-Nord, Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg. Anmeldeschluss ist der 15. 9. 2010.

Angelika Scheer

Aus dem Landesverband

Am 10. Juli hat der Landesvorstand seine 2. Sitzung 2010 in Hamburg (bei 36 Grad) durchgeführt. Trotz der sagenhaften Hitze konnte die umfangreiche Tagesordnung fast abgearbeitet werden.

Da wir sehr rechtzeitig für eine Veranstaltung im Anschluss an die Vorstandssitzung geworben haben, wurde auch am Nachmittag weiter geschwitzt. Wir danken auch hier dem Mitglied des geschäftsführenden Verbandsvorstands und Vertreter des DFV im Koordinierungsrat säkularer Organisationen (KORSO), Ralf Lux, dass er als Referent zur Thematik KORSO zur Verfügung stand. Auf der Veranstaltung konnten wir außer dem Vorstand, den Revisoren auch Mitglieder der Freien Humanisten und ein Mitglied der Giordano-Bruno-Stiftung begrüßen. Der Referent stellte die Entstehung von KORSO sehr ausführlich dar. Er berichtete über die gegenwärtige Situation und stellte auch heraus, dass bisher noch viele Lücken in der direkten Arbeit bestehen. Viele Fragen seien noch offen. In der Diskussion wurde die Wichtigkeit der Arbeit von unten nach oben thematisiert. Nur so sähe man eine sinnvolle Arbeit für die Zukunft. Der DFV Nord betrachtet KORSO sehr kritisch und wird weiter über den Fortgang der Entwicklung „wachen“. Entsprechend unserer Anträge und der Diskussion auf dem Verbandstag haben wir als Landesverband den Mitgliedern und Freunden auf dieser Veranstaltung die Möglichkeit gegeben, von der Basis her meinungsbildend mitzuwirken. Im Ergebnis aus der Diskussion werden wir den Fortgang und die Entwicklung von KORSO weiter kritisch begleiten und gegebenenfalls vom Verbandsvorstand Entscheidungen oder Maßnahmen einfordern.

Zurück zur Vorstandssitzung: Wichtig waren hier die Hinweise auf anstehende Veranstaltungen und die Werbung um

Teilnahme. Alle Mitglieder und Freunde sind aufgefordert und eingeladen an der diesjährigen zentralen Veranstaltung des Verbandsvorstands teilzunehmen. Unter dem Motto: „Internationale Solidarität gegen Kriegstreiber – Für Souveränität, Demokratie, Rechtsstaat und Völkerrecht“ findet eine Konferenz am 9. Oktober ab 11.00 Uhr in Berlin, Torstr. 203-205 in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, statt. Teilnehmer melden sich gern beim Landesvorstand (zwecks Überblick).

Es wurden weiter die anstehenden Informationsstände des Landesverbands in Heideruh, Elmshorn, und Hamburg erläutert.

Die im April stattgefundene Exkursion „Hamburg“ wurde als sehr erfolgreich und informativ bewertet.

Ein Informationsstand am 1. Mai in Hamburg wurde durchgeführt, aber auf Grund starker Regengüsse vorzeitig beendet. Wie bereits traditionell war der Landesverband wieder auf der Gedenkveranstaltung am und auf dem Ehrenfriedhof am 3. Mai zur Erinnerung an Cap Arcona mit Blumengesteck und Mitgliedern vertreten. Am 8. Mai nahm der DFV Nord an einer Bündnisveranstaltung zum 65. „Tag der Befreiung“ teil. Die Landesvorsitzende Angelika Scheer trat den DFV im Podium.

Unsere Genossinnen und Genossen in Neustrelitz können wieder auf eine sehr erfolgreiche Namensweihe zurückblicken. Wer dort in der näheren Umgebung Lust und Zeit für diese Arbeit hat, kann sich beim Landesvorstand oder direkt bei Dr. Ellie-Marie Simon melden.

Für die Redaktion RUNDBRIEF stellte Uwe Scheer die Themen und Artikelvorschläge der Redaktion vor. In Neustrelitz fand kurz vorher die Redaktionssitzung statt.

Der Kassierer Gerd Adolph nannte den Kassenstand und appellierte daran, dass die säumigen Beiträge möglichst bald gezahlt werden sollten. Bei diesem Tagesordnungspunkt

wurde auch einstimmig beschlossen, dass für das Wochenendseminar zusätzlich zu den Kosten eine Seminargebühr pro Teilnehmer von 10 Euro erhoben wird. Das Wochenendseminar wird in diesem Heft gesondert behandelt.

Der Vorstand hat beschlossen, dass am 24. Oktober (Sonntag) im Naturfreundehaus Kalifornien eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet mit dem Tagesordnungs-

punkt „Satzungsänderung“. Diese MV wurde nötig, um die Gemeinnützigkeit unseres DFV Nord e.V. zu erhalten. Einladung siehe auch in diesem Heft.

Alle Mitglieder und Freunde sind aufgefordert, sich aktiv an den Vorhaben des Vorstandsvorsitzenden und des Landesverbandes in den verschiedenen Regionen zu beteiligen.

Angelika Scheer

Deutscher Freidenker-Verband, Landesverband Nord e.V.

Einladung zur außerordentlichen Mitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und liebe Genossen, hiermit lade ich euch zu unserer außerordentlichen Mitgliederversammlung ein. Diese Versammlung ist notwendig, um die Gemeinnützigkeit als DFV Landesverband Nord e.V. zu erhalten. Diese Versammlung findet im Rahmen unseres Wochenendseminars statt.

Termin: 24. Oktober 2010 von 10.00 bis 11.30 Uhr im Naturfreundehaus, Deichweg 1, 24217 Kalifornien (Nähe Kiel)

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Satzungsänderungsvorschläge
4. Diskussion
5. Beschlussfassung
6. Verschiedenes
7. Schlusswort

Folgende Satzungsänderungen werden vorgeschlagen:

§ 2 Zweck des Vereins

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. des 3. Abschnitts der Abgabenordnung – Steuerbegünstigte Zwecke.
2. Der Zweck des Vereins ist die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.
3. Der in Nr. 2 genannte allgemeine Grundsatz wird insbe-

sondere durch folgende Grundanschauungen verwirklicht:

1. Der Deutsche Freidenker-Verband (DFV) Landesverband Nord e.V. setzt sich ein für die Verbreitung einer freigeistig-wissenschaftlichen Weltanschauung.
 2. Er tritt für die Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule und für freie, gleiche und demokratische Bildungsmöglichkeiten ein.
 3. Der Verein tritt für die Anerkennung und Achtung der Glaubens- und Gewissensfreiheit ein.
 4. Der Verein bekennt sich zu einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaftsordnung.
 5. Er tritt ein für die Völkergemeinschaft, die aufgebaut ist auf den Prinzipien des Humanismus und der Menschenrechte.
 6. Der Verein setzt sich für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung durch die Pflege von Toleranz und internationaler Solidarität ein.
 7. Er unterstützt alle Bestrebungen, die dem Schutz der Umwelt und damit der Rettung der Natur und der Menschheit dienen.
 8. Er ist parteipolitisch unabhängig.
- #### § 4 Grundlagen der Arbeit
- Absatz 1 wird gestrichen.

Die restliche Satzung bleibt unverändert.

Angelika Scheer, Landesvorsitzende, Hamburg,

1. August 2010

Özkan hat Recht – Staat zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet

Montag, den 26. April 2010 um 09:33 Uhr

Aygül Özkan (CDU), zukünftige niedersächsische Sozialministerin, hat sich in einem Zeitschrifteninterview dafür ausgesprochen, Schulen von religiösen Symbolen freizuhalten. Die CDU-Politikerin sprach sich nicht nur gegen islamische (Kopftuch), sondern auch christliche Symbole (Kreuz) aus. Dies hat zu heftiger Kritik durch ihre Parteifreunde geführt.

Dazu erklärte Cornelius Kaal, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Nord des Deutschen Freidenker-Verbandes: „Es ist schon bemerkenswert, dass eine CDU-Politikerin von ihrer eigenen Partei, die immerhin Regierungspartei ist, attackiert wird, weil sie die Einhaltung der Verfassung verlangt. Frau Özkan hat Recht. Der Staat ist zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet. Religion ist Privatsache und religiöse Symbole haben in öffentlichen Räumen nichts verloren.“

DEUTSCHER FREIDENKER-VERBAND e.V.
Landesverband Nord e.V. – www.dfv-nord.de

Freidenker fordern Wirksamkeit gesetzlicher Betreuung über den Tod hinaus

Uelzen – 4.6.2010. Gesetzliche Betreuungen sollten auch über den Tod hinaus wirksam sein. Dies forderte der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Nord im Deutschen Freidenker-Verband, Cornelius Kaal, auf einer Veranstaltung in Uelzen (Niedersachsen).

Kann ein Volljähriger auf Grund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, so bestellt das Betreuungsgericht (Teil des Amtsgerichtes) für ihn auf seinen Antrag oder von Amts wegen einen Betreuer. Dies können Angehörige oder Berufsbetreuer sein. Nach der jetzigen Rechtslage endet die Betreuung mit dem Tod. Dies führt häufig zu Problemen etwa bei der Durchsetzung von Bestattungswünschen. Umgangen werden kann dies Problem mit einer rechtzeitig verfassten Vorsorgevollmacht. In dieser kann die Wirksamkeit über den Tod hinaus festgelegt werden.

Für Rückfragen: Cornelius Kaal – 0177 – 20 49 867

Freidenker begrüßen BGH-Urteil zur Sterbehilfe

Freitag, den 25. Juni 2010. Die norddeutschen Freidenker begrüßen die heutige Entscheidung des Bundesgerichtshofes zur Verbindlichkeit von Patientenverfügungen. Der BGH hob ein Urteil des Landgerichts Fulda auf. Dieses hatte einen Rechtsanwalt zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt, weil dieser einer Mandantin geraten hatte, den Sondenschlauch zur künstlichen Ernährung ihrer Mutter durchzuschneiden. Die Tochter, vom Betreuungsgericht bestellte gesetzliche Betreuerin einer 76-jährigen Wachkomapatientin, hatte zuvor von einem Altenheim verlangt, die künstliche Ernährung ihrer Mutter einzustellen. Dies entsprach dem ausdrücklichen Wunsch der Betroffenen, den diese zu einem früheren Zeitpunkt geäußert hatte. Auch der behandelnde Hausarzt hatte von der Einrichtung die Einstellung der künstlichen Ernährung verlangt. Die Leitung des Altenheims widersetzte sich dieser Anweisung und ignorierte kategorisch das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen.

Cornelius Kaal, stellv. Vorsitzender des Landesverbandes Nord im Deutschen Freidenker-Verbandes (DFV), von Beruf Altenpfleger, erklärte dazu:

„Es ist ein Skandal, dass sich immer wieder, vor allem kirchliche, Altenpflegeeinrichtungen über den ausdrückli-

chen Patientenwillen hinwegsetzen. Das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen über ein humanes Sterben muss absolute Priorität haben.“

Freidenker unterstützen Forderung an Wulff nach Rückzug bei ProChrist

Lüneburg - 16.6.2010. Der Deutsche Freidenker-Verband (DFV), Landesverband Nord, unterstützt die Aufforderung der niedersächsischen Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE an Ministerpräsident Christian Wulff, sich noch vor der Bundesversammlung aus dem Kuratorium der evangelikalen Vereinigung ProChrist zurückzuziehen. Bei ProChrist handelt es sich um eine christlich-fundamentalistische Vereinigung, deren Leiter, Ulrich Parzany, immer wieder durch Ausfälle gegen Homosexualität und Verfechter des Kreationismus aufgefallen ist. Cornelius Kaal, stellvertretender Vorsitzender der norddeutschen Freidenker stellte dazu fest:

„Ein Politiker, der dem Kuratorium einer christlich reaktionären Organisation angehört, die gegen Schwule hetzt und Kreationismus als Unterrichtsfach an den Schulen einführen möchte, ist als Bundespräsident genauso ungeeignet wie der Großinquisitor Gauck.“

Für Rückfragen: Cornelius Kaal – 0177 – 20 49 867

DFV-Exkursion 2010 führte nach Hamburg Freidenker machten das „Tor zur Welt“ auf

Die Teilnehmer der dritten Exkursion des DFV-Landesverbandes Nord standen dieses Jahr mit Petrus in einem besonders guten Verhältnis. Drei Tage Sonnenschein, die ersten Frühlingstage in der Sonne Hamburg genießend, viele Informationen empfangend und neue Mitstreiter kennenlernen – das war kurz gesagt die Bilanz vom 16. bis 18. April. Die insgesamt 14 Teilnehmer kamen aus Hamburg, Kiel, Schleswig, Neustrelitz und Rostock.

Am Nachmittag des 16. April nahmen die Teilnehmer, die bereits angereist waren, nachmittags an der Veranstaltung des Kuratoriums „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ e. V. (GET) zum Geburtstag des Namensgebers, des von den Nazis 1944 ermordeten Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) teil. Die Teilnehmer – insgesamt nahmen an der dreitägigen Tour 14 Mitglieder und Freunde des DFV teil – legten mit anderen Besuchern der Veranstaltung vor dem einstigen Wohnsitz der Familie Thälmann (bis 1944) und jetzigen Gedenkstätte rote Nelken vor der Gedenktafel nieder.

Zuvor hatten sie Beiträge von Hein Pfohlmann und Lisa Sukowski, Mitgliedern der Geschäftsführung der GET, und anderen Anwesenden zur Situation der Hamburger Gedenkstätte(n) sowie zum bevorstehenden 1. Mai und zum 8. Mai, dem 65. Jahrestag der Befreiung, gehört. Angelika Scheer machte auf die bevorstehenden Gedenkveranstaltungen anlässlich der Cap-Arcona-Katastrophe vom 3.5.1945 in Neustadt/Holstein und anderen Orten entlang der Ostseeküste am 3. Mai d. J. aufmerksam. An dem Gedenken in Neustadt beteiligt sich regelmäßig der DFV Landesverband Nord. Johanna Jawinski aus Rostock, die als Gast an der DFV-Exkursion teilnahm, berichtete über Aktivitäten in ihrer Heimatstadt und

auch in Berlin anlässlich des diesjährigen Befreiungstages, der in Mecklenburg-Vorpommern als offizieller Gedenktag 1990 eingeführt worden ist. Nur von staatlicher Seite würde an diesem historischen Tag nichts getan. Deshalb würden die Rostocker VVN/BdA und andere antifaschistische Organisationen die Initiative ergreifen und Veranstaltungen an diesem Tag durchführen.

Nach der Veranstaltung fuhren die am Freitag Angereisten in den Bramfelder Kulturladen, um dort in der Tratoria Ciao den Abend nett ausklingen zu lassen und sich kennenzulernen – soweit das nicht schon der Fall war. Dazu gehörten auch als Gäste Inge und Wolfgang Runge vom GET-Vorstand, die einst im Sekretariat der Weltunion der Freidenker (WUF) mitgearbeitet und an Weltkongressen der WUF als Delegierte teilgenommen haben.

Am nächsten Tag traf sich die Gruppe am Hafen um 9.45 Uhr rechtzeitig in der Speicherstadt, um nicht im erwarteten Gedränge von Hunderten von Besuchern aus dem In- und Ausland in dem Miniaturwunderland unterzugehen. Die Anlage, die Teile aus der ganze Welt im Kleinen zeigt – von Hamburg bis Arizona und zurück – ist die Größte, die es weit und breit gibt. Dieser Besuch geschah auf Wunsch und Anregung von Hans Simon aus Neustrelitz. Doch auch für andere Teilnehmer gab es ein großes Erstaunen über die riesigen Dimensionen, die diese Eisenbahnlandschaften aus aller Welt zeigen. Die Fläche nimmt einen ganzen Boden eines früheren Speichers ein, wo sonst Waren aus aller Welt gelagert wurden. Bis 2013 gibt es Pläne zum Ausbau eines Großflughafens – natürlich in Miniaturausgabe.

Nach dem Rundgang besuchten wir die „Ständige Vertretung der Rheinischen Republik“, eine Restauration in der Nähe des Rödingsmarktes. Der Name der Gaststätte lehnt

sich an, als es noch eine Ständige Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik in Bonn gab. Alle Wege an diesem Tag wurden zu Fuß erledigt. Das war nötig, um in der Hamburger Innenstadt und am und im Hafen keine Parkprobleme zu haben. Nachdem wir in dem urigen Ambiente der Gastronomie mit Bildern von Kohl und Honecker und vielen anderen, fast schon vergessenen Politikern und typischen Plakaten aus den letzten Jahrzehnten (so das bekannte CDU-Plakat „Alle Wege führen nach Moskau“, das später von der NPD genutzt wurde) gut 2 Stunden verbracht hatten, kam Michael Grill von der Organisation „Spurensuche“ (GbR). Michael Grill ist darüber hinaus in der Arbeitsgemeinschaft Jugendweiche aktiv. Er ist zudem bei der KZ-Gedenkstätte tätig. Doch an diesem Tage ging es um den Hafen, speziell um die Veränderung im Hamburger Hafen zur „Hafen City“, den großen baulichen Veränderungen, die schon einst zur Verdrängung von Tausenden ansässigen Menschen, vor allem Arbeiterfamilien führten. Sie mussten ihre Wohnquartiere im Hafen Ende des 19. Jahrhunderts verlassen, damit der Freihafen und die Speicherstadt entstehen konnten. Damit die Freie und Hansestadt Hamburg ab 1888 in das neu gegründete Deutsche Reich integriert werden konnte. Ein Kompromiss mit dem damaligen Kanzler Fürst von Bismarck, dessen großes Denkmal immer noch sichtbar über Hamburg zu sehen ist. Sonst wären wir Hamburger nur Hamburger und nicht deutsche Staatsbürger geworden. Ob uns das viel ausgemacht hätte, frage ich im Nachhinein. Denn ein Großteil Hamburgs (so die 1937 zwangsweise eingegliederten Städte Altona und Wandsbek) war bis dahin über 500 Jahre Teil des Königreichs Dänemarks gewesen. Doch zurück zur Gegenwart ... Die Idee von dem „Sprung über die Elbe“ und dem Ausbau des Hafens zu einem neuen Wohnquartier kam vor Jahrzehnten von den sozialdemokratischen Bürgermeistern von Dohnanyi und Voscherau. Es sollten sowohl sog. Sozialwohnungen als auch frei finanzierte Wohnungen gebaut werden. Doch es ist anders gekommen. Für Normalverdiener, für „gewöhnliche“ Leute wurden kaum Wohnungen geplant. Umgesetzt wird die Planung nun schon in zwei Legislaturperioden von dem CDU-Bürgermeister Freiherr von und zu – noch nicht auf und davon – Ole von Beust und seinen Senatoren. Mal mit dem rechtslastigen Schill und seiner Partei und heute mit einer Koalition mit der GAL, so heißen die Grünen Hamburgs. Das Leuchtturmprojekt, die

Elbphilharmonie, ist unter der Rubrik „Pleiten, Pech und Pannen“ auch bundesweit bekannt geworden. Einst sollten es unter 100 Millionen Euro werden – so das Angebot der Baufirma Hoch-Tief AG. – jetzt wird es wohl mehr das Dreifache betragen und man spricht schon von einer halben Milliarde Euro. Wir standen vor dem Fragment dieses Bauwerks im Hafen, das auf einem unter Denkmalschutz stehenden Schuppen gebaut wurde. „Schuppen“, das sind große Speicher im Hafen, in denen ausländische Waren zwischengelagert werden, die entweder später verkauft und verzollt werden oder die Ware wird wieder unverzollt ausgeführt.



Besuch des Miniaturlands im Hafen



oben: Rundgang durch die Hafencity - unten: Besuch am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus auf dem Ohlsdorfer Friedhof



Ein weiterer Knackpunkt, auf den Michael Grill in seinem dreistündigen Rundgang aufmerksam machte und über den wir als Freidenker auch mehrfach in unserem Rundbrief berichteten, ist das sog. Maritim-Museum des Herrn Tamm. Herr Tamm war einst Vorstandsvorsitzender der Axel-Springer AG und hat in 30 Jahren weltweit Militaria und Marine-Utensilien wie Kanonen, kleine U-Boote und anderes „Kriegsspielzeug“ in seiner Villa im vornehmen Stadtteil Blankenese gesammelt. 30 Millionen Euro hat der Senat mit einem einstimmigen Beschluss der Bürgerschaft (also auch der SPD) zur Verfügung gestellt, um diese zu groß gewordene private Sammlung der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und hat ihm einen Kaischuppen überlassen, in dem er jetzt als „Admiral“ in dem vor zwei Jahren unter Protest eröffneten Museum residiert. Die Konzeption für das Museum wurde nicht von staatlicher Seite entwickelt, sondern von Tamm und seiner Crew, die unter anderem faschistische und militaristische Dinge aus der Marine unkommentiert ausstellt.

In Michael Grills kurzweiliger und sehr informativen Beschreibung der Hamburger Zustände durfte aber auch der Feind aller Pfeffersäcke nicht fehlen. Mit dem Bau der Hafen-City wurde auch sein Denkmal versetzt, nämlich das von Klaus Störtebeker, das vor dem Zollamt Brooktor stand. Dessen angeblicher Kopf, der bei Ausgrabungen in einem Hafenbecken mit anderen Schädeln gefunden wurde und als Publikumsmagnet im Museum für Hamburgische Geschichte (Hamburgmuseum) ausgestellt worden war, ist Anfang dieses Jahres aus eben diesem Museum gestohlen worden. Das Museum hat eine Belohnung ausgesetzt. Das Exponat hat allerdings keinen Marktwert (Hamburger Abendblatt

vom 20.1.10). Vom hoch gelegenen Aussichtspunkt erläuterte Michael abschließend die Lage des früheren Hannoverschen Bahnhofs, vor den Elbbrücken an der Nordereibe gelegen, der einfach zunächst von der Stadtplanung „vergessen“ worden war, aber als historischer Ort für die Antifaschisten wichtig ist. Von hier aus wurden Juden, Sinti und Roma in die Vernichtungslager in den Osten ab 1944 transportiert. Nachdem auf diesen Fakt aufmerksam



Besuch der Zwangsarbeiterbaracke in Fuhlsbüttel

gemacht wurde, wird dort zumindest ein Gedenkstein errichtet werden. Dann, wenn das ganze Areal in den nächsten Jahren fertiggestellt worden ist. Am St.-Annen-Ufer, benannt nach einer Kirche, die einst im alten Hafen stand und mit den Häusern der Hafendarbeiter Ende des 19. Jahrhunderts abgerissen wurde, endete der umfangreiche Vortrag, der mit großem Dank an Michael Grill aufgenommen wurde. Anschließend waren alle hungrig und durstig genug, um an zwei reservierten Tischen im historischen Gewölbe der Weizenbierbauerei Gröninger in der Neustadt jenseits des Zollkanals ab 18.00 bis zum Abwinken Platz zu nehmen. Dabei ging es hoch her bei Gesprächen, Musik und Gesang. Anschließend ging es für alle in die Quartiere.

Die auswärtigen Teilnehmer, die im Hotel übernachteten, wurden am nächsten Morgen, dem dritten Tag der Exkursion um 8.45 Uhr abgeholt, um mit Fahrzeugen zunächst zum Ohlsdorfer Friedhof, dem größten Parkfriedhof der Welt, zu fahren. Hier wurde an drei Orten an historische Daten erinnert, die auch für uns Freidenker wichtig sind.

Zunächst gingen wir zum großen Mahnmal vor dem Krematorium, das Urnen mit der Asche von Ermordeten aus vielen Konzentrationslagern enthält. Ilse Jacob, die Tochter des hingerichteten Hamburger KPD-Bürgerschaftsabgeordneten und Mitglied des Vorstands der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und

Antifaschisten und des Kuratoriums der Gedenkstätte Ernst Thälmann, führte die Besucher zu den weiteren Punkten des Rundgangs. Das war zunächst das Denkmal für die gefallenen Kämpfer für die Deutsche Republik nach den revolutionären Ereignissen von 1918/1919 nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht und zur bürgerlich-parlamentarischen Republik durch Ebert und Scheidemann.

Zum Schluss des Rundgangs ging es zum Ehrenhain der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus. Hier erläuterte Ilse die Entwicklung des jetzigen Ehrenhains und der Umbettung der sterblichen Überreste der Toten aus den Konzentrationslagern, der Immigration und der später verstorbenen Antifaschisten, die hier begraben wurden bzw. eine Tafel erhielten.

Derzeit haben 54 Menschen hier ihre letzte Ruhestätte gefunden (Foto). Mit der Entwicklung des Kalten Krieges aufgrund der amerikanischen CIA-Intervention in Westeuropa hatte auch der sozialdemokratische Senat gegen den Willen der VVN eine Verlegung des unmittelbar nach der Befreiung angelegten Ehrenhains von einer sichtbaren Stelle zu einer unscheinbaren und versteckten Stelle des riesigen Friedhofs veranlasst. Dazu gibt es ein sehr informatives und umfangreiches Buch mit dem Titel „...“, das Ursel Hochmuth, die Schwester Ilse Jacobs, vor einigen Jahren im VSA-Verlag veröffentlicht hat.

Nach diesem gut eine Stunde dauernden Rundgang führen wir zur letzten Zwangsarbeiterbaracke Hamburgs. Dort empfing uns Holger Schulze von der Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V. (WBG). Vor einigen Jahren wurde das Holzhaus, eine Baracke, die von KZ-Insassen nach der Bombardierung Hamburgs 1943 errichtet worden war, unter Denkmalschutz gestellt. Mehr zufällig wurden Mitarbeiter der Willi-Bredel-Gesellschaft bei Auszug des letzten Bewohners dort auf die Geschichte der Behausung aufmerksam. Die letzten Unterlagen der Firma Kohfahl, die die Zwangsarbeiter aus mehreren Ländern, vor allem aus den Niederlanden, angefordert und von der SS „zugewiesen“ bekommen hatte, sollten beim Auszug verbrannt werden. Zuletzt wohnten in den früheren Baracken am Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel ausgebombte Hamburger. Dank der Initiative der nach dem Hamburger Arbeiterschriftsteller benannten Geschichtswerkstatt konnte die Baracke erhalten und von den Mitarbeitern der WBG betreut werden. Die WBG ist eine von 15 Geschichtswerkstätten in der Hansestadt, die auch finanzielle Zuwendungen von der Kulturbehörde bekommt. Sie ist für die Stadtteile Langenhorn, Fuhlsbüttel und Ohlsdorf verantwortlich. Willi Bredel, einst Redakteur der heute noch verbotenen Hamburger Volkszeitung, der Tageszeitung der

Wer waren die „Pfeffersäcke“?

Dieser Ausdruck fiel bei unserem Rundgang durch die Speicherstadt im Rahmen unserer Wochenendexkursion. Im Mittelalter kam der Fernhandel zu seinem Höhepunkt. Es entstand der Städtebund: die Hanse. Hansestädte waren Hamburg, Lübeck, Rostock, Bremen. Kiel gehörte auch eine Zeit lang zu diesem Bund, konnte aber auf die Dauer nicht „mithalten“. Hamburg war der wichtigste Nordseehafen. Gehandelt wurde mit Getreide, Tuchen, Pelzen, Heringen, Holz, Metallen und – Gewürzen. Gewürze aus exotischen Ländern spielten eine wichtige Rolle. Da es seinerzeit keine Kühlschränke gab und Fleisch nicht ewig haltbar ist, musste es gegebenenfalls zum Servieren durch Gewürze „übertönt“ werden. Fürsten- und Patrizierhäuser wollten sich nicht blamieren und benötigten diese Gewürze, die sehr teuer waren, weil sie aus dem fernen Orient eingeführt wurden. Daher waren die Gewürzhändler ein angesehenes Kaufmannsstand. Sie wurden abfällig oder auch aus Neid als „Pfeffersäcke“ bezeichnet. Um sich einen guten Namen zu machen, betätigten sich einige als Stifter und Wohltäter, andere im Verborgenen. Durch Mildtätigkeit glaubten sie dem „Fegefeuer“ zu entkommen. Nach Heinrich Heine sind die Pfeffersäcke durch den Gewürzhandel mit hohen Gewinnspannen reich gewordene Kaufleute. Bis heute werden als Pfeffersäcke reiche, rücksichtslose, nur auf Geld und Macht bedachte Menschen bezeichnet.

Stifter und Wohltäter im 20. und 21. Jahrhundert: F. Laeisz, Eberlin und Gerd Bucerus, Hermann Reemstmar, Kurt A. Körber, Edmund Siemers, Alfred Töpfer u. a.



Gerd Adolph

Hamburger KPD bis zum Verbot 1956, war ab 1933 als Gefangener im Konzentrationslager Fuhlsbüttel (KOLAFU). Dort, im nahe gelegenen Hamburger Gefängnis, ist vor Jahren im Torhaus ein Erinnerungsort der KZ-Gedenkstätte Neuengamme eingerichtet worden.

Es gab in Hamburg und Umgebung über 100 Nebenlager von Neuengamme. In einem Katalog der Gedenkstätte Neuengamme und der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg sind 90 Objekte in allen 7 Hamburger Bezirken aufgeführt, die an die Zeit der Verfolgung, des Widerstands und des Krieges erinnern. Im Curio-Haus-Prozess, der von der britischen Besatzungsmacht gegen hohe Amtsträger und Verbrecher des Naziregimes nach 1945 durchgeführt wurde, war ein einziger Angeklagter der besagten Firma vor Gericht, der sich wegen Misshandlung von Zwangsarbeitern zu ver-

antworten hatte und verurteilt wurde. Nach diesen für die meisten älteren Teilnehmer doch anstrengenden Tagen wurden Reisende dann zur S-Bahnstation Ohlsdorf gebracht, dort, wo auch die Willi-Bredel-Gesellschaft vor dem Freibad Ohlsdorf ihr Domizil hat, und verabschiedet.

Man sieht sich wahrscheinlich im Herbst zum Wochenendseminar wieder.

Anschließend gingen die verbliebenen Exkursanten zum verdienten abschließenden Mittagessen beim Griechen um die Ecke. Am späten Nachmittag konnten die letzten Freidenker in Richtung Kiel und Schleswig verabschiedet werden. Auch die dritte Exkursion konnte zur Zufriedenheit der Teilnehmer durchgeführt werden. Das waren die einhelligen Bekundungen der Teilnehmer der dritten Exkursion der norddeutschen Freidenker. *USch.*

NPD-Verbotsdebatte

Die Debatte um ein NPD-Verbot ist entbrannt. Hintergrund sind zahlreiche Strafprozesse gegen NPD-Mandats-träger und die Zunahme rechtsextremer Gewalt. Seit Jahresbeginn haben Rechtsextreme 24 Büros von Parteien und Landtagsabgeordneten aller demokratischer Parteien in Mecklenburg-Vorpommern beschädigt.

Die Zunahme der Gewalt durch Rechtsextreme als Teil der ca. 20.000 bundesweiten rechtsextremen Straftaten jährlich führt mittlerweile im Landtag Mecklenburg-Vorpommern nahezu einhellig zur Forderung nach einem NPD-Verbot. Selbst FDP-Abgeordnete, die bisher gegen ein Verbot der neofaschistischen NPD stimmten, haben nach Nazi-Überfällen auf ihre Büros ihre Meinung geändert. Ein Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion hatte zuvor im Internet zur Gewalt gegen Abgeordnetenbüros demokratischer Parteien aufgerufen. Gegen den NPD-Fraktionsvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs laufen verschiedene Strafverfahren, die sich im Kern auf den Tatbestand der Volksverhetzung beziehen. Erst kürzlich hatte die Landtagsfraktion der LINKEN Pastörs angezeigt, weil er im Landtag mit antisemitischen Tiraden Stimmung machte. Während der letzten Kommunalwahlen hatte die NPD in Vorpommern mit der Losung „Poleninvasion stoppen“ auf sich aufmerksam gemacht. Ein Gericht sah darin den Tatbestand der Volksverhetzung für erfüllt, worauf der Landkreis Ücker-Randow die Plakate entfernen ließ. Zudem spielt die enge Zusammenarbeit der NPD-Fraktion mit den Kameradschaften eine wichtige Rolle für die Verbotsforderung. Im Lande entstehen mit Unterstützung der NPD zunehmend Nazi-Szeneläden, in denen mit CDs, Bekleidung und Devotionalien neofaschistische Inhalte transportiert werden, während gleichzeitig Landesprojekte gegen Neonazis aufklären. Im inzwischen geschlossenen Nazi-Laden „Dickkoepp“ hatte ein Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Rostock mit dem Faxgerät des dort angesiedelten NPD-Wahlkreisbüros Nazi-Produkte angeboten. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hatte dies kritisiert und eine gerichtliche Prüfung angekündigt. Die NPD verfügt im Landtag über eine staatliche Finanzierung von ca. sechs Millionen Euro in der derzeitigen Legislaturperiode, während gleichzeitig Millionen Euro für Programme gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz eingesetzt werden – eine schizophrene Situation.

In Mecklenburg-Vorpommern spricht sich neben dem Innenminister auch Ministerpräsident Sellering für ein NPD-

Verbot aus. Insgesamt acht Innenminister unterstützen bundesweit ein Verbot der NPD. Auf Bundesebene haben sich jetzt neben SPD und den Linken auch die Grünen für ein Verbot der NPD ausgesprochen. DGB, ver.di sowie die Zentralräte der Juden und der Sinti und Roma unterstützen die Verbotsforderung ohnehin. In der Bevölkerung haben Umfragen eine knappe Mehrheit ergeben, die ein NPD-Verbot fordert.

Mit ihrer Kampagne für ein NPD-Verbot hat die VVN-BdA 2007 sowie von Januar 2009 bis Mai 2010 zunächst 175.000 Unterschriften und später 5.400 Stellungnahmen für das Verbot der neofaschistischen NPD gesammelt, davon 655 in Mecklenburg-Vorpommern. Die Statements sollen nun in gebundener Form medienwirksam eingesetzt werden, etwa indem sie den Innenministern der Länder übergeben werden. Bundesweit sind diese Aktivitäten auf großes Interesse gestoßen, weil die VVN-Kampagne dem Verbotsthema dauerhaft Präsenz verliehen hat. Kernpunkt der Debatte bleibt der Abzug der V-Leute aus den Spitzenpositionen der NPD-Partei-gremien. Verfassungsrechtler haben darauf aufmerksam gemacht, dass ein komplettes Abschalten der V-Leute des Verfassungsschutzes aus der NPD für ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren nicht erforderlich ist. Grundsätzlich bleibt aber das Problem bestehen, dass V-Leute in der NPD bezahlte Neofaschisten sind, die für den Verfassungsschutz geworben wurden. Der finanziert damit indirekt die NPD-Aktivitäten mit. Die NPD dürfte nach § 139 des Grundgesetzes ohnehin nicht legal wirken dürfen, weil dieser Paragraph in Anlehnung an die Regelungen des Alliierten Kontrollrates die Wiederbelebung oder Neugründung neonazistischer Organisationen verbietet. Leider wird er aber nicht konsequent angewandt. Ein Kommentar des ehemaligen Verfassungsrichters Roman Herzog hatte seiner Zeit die Anwendung dieses Paragraphen erschwert.

Die Forderung nach einem Verbot der NPD ist heute so wichtig wie kaum zuvor, zumal die rechtsextreme Szene 2009 nicht einmal davor zurückschreckte, im Baden-Württembergischen Lörach Sprengstoffattentate auf ein linkes Kulturzentrum zu planen. Junge Antifaschisten hatten der Polizei die entsprechenden Informationen zukommen lassen, die darauf die Ermittlungen aufnahm. Die NPD fungiert wiederum als organisatorisches, inhaltliches und vernetzendes Zentrum der gesamten Neonaziszene in Deutschland.

Die novellierte Ausstellung der VVN-BdA „Neofaschismus in Deutschland“ beschäftigt sich mit diesen Hintergründen, mit

den Ideologieelementen, Organisationen und der Logistik der neuen Nazis. Auch die organisatorischen und inhaltlichen Parallelen der Diskriminierungen der Neofaschisten zu einzelnen Äußerungen von Medien, Politikern oder Organisationen, die den Intensionen der NPD nicht selten entgegenkommen, werden in der Ausstellung beim Namen genannt. Die Ausstellung wurde gegen Widerstand innerhalb der CDU-Kreistagsfraktion im Landkreis Nordwestmecklenburg auf einem Fachtag gegen Rechtsextremismus vor Kreistagsabgeordneten, Lehrern, Schulleitern, Sozialarbeitern und Jugendkлубleitern in Grevesmühlen vorgestellt und eröffnet. Nach der Eröffnung fand auch CDU-Fraktionschef Uhlmann die VVN-Ausstellung gut. Insbesondere die Nähe der NPD-Werte und -Inhalte zur Ideologie des Faschismus soll mit der Ausstellung verdeutlicht werden, um vor allem bei Jugendlichen den immer noch in Teilen der Bevölkerung verbreiteten Schein der NPD als einer „normalen“ Partei zu nehmen. Gleichzeitig sind Initiativen bundesweit in den letzten Monaten erfolgreich mit Demonstrationen und Blockaden Nazi-Aufmärschen entgegengetreten oder haben diese verhindern können – wie in Dresden und Berlin.

Solche Blockaden gegen Nazi-Aufmärsche, die rassistische, antisemitische und volkverhetzende Ideen verbreiten helfen, werden von einigen Juristen als legitimes demokratisches Mittel beurteilt. Dies wurde nicht zuletzt auch im jüngsten Prozess gegen den Berliner Landesvorsitzenden der VVN-BdA Hans Coppi deutlich, dessen Eltern von den Nazis als Widerstandskämpfer ermordet wurden. Hans Coppi hatte sich an einer Blockade gegen Neofaschisten in Berlin beteiligt und sei angeblich gegen Polizisten vorgegangen. Der Prozess endete mit einem Vergleich, da das Gericht offensichtlich kein Interesse an der Bestrafung von Zivilcourage gegen Neonazi-Aufmärsche hatte. Die VVN-BdA wird sich weiter an Aktivitäten gegen alte und neue Nazis beteiligen und diese auch mit organisieren. Im September werden am zweiten Sonntag bundesweit traditionell VVN-Veranstaltungen zur Erinnerung und Mahnung an den Faschismus durchgeführt. In Schwerin treffen sich die Antifaschisten um 10 Uhr am Platz der Opfer des Faschismus und in Rostock um 15 Uhr am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus am Steintor, um der Opfer und der Ursachen des Faschismus zu gedenken.

Dr. Axel Holz, Landesvorsitzender VVN-BdA MV e.V.



Esther Bejarano zum 8. Mai Ein Standpunkt zu Israel (Red.)

Den 8. Mai 1945, den Tag der Befreiung der Menschheit von der Geißel des Hitler-Faschismus, verbrachte ich mit amerikanischen und russischen Soldaten in dem mecklenburgischen Städtchen Lübz. Die Soldaten holten aus einem Haus ein großes Hitler-Porträt, das auf einem Marktplatz verbrannt wurde. Meine Freundinnen, mit denen ich vom Todesmarsch geflohen war, tanzten mit den GIs und den Rotgardisten um dieses brennende Bild, und ich spielte Akkordeon dazu. Das werde ich nie vergessen. Ich sage immer: Das war meine zweite Geburt!

Doch schon wenige Tage später holte uns die Realität ein. Zwar war der Krieg zu Ende, aber die menschenverachtende antisemitische und rassistische Ideologie ja noch in den Köpfen der Menschen. Auf unserem Marsch durch das Nachkriegsniemandland von Lübz zum Kibbuz Buchenwald in der Nähe von Fulda hatten wir immer noch Angst, Nazis in die Hände zu fallen, denen wir ja völlig hilflos ausgeliefert gewesen wären.

Ich gehörte zu den so genannten *deplaced persons*. *Deplaced* heißt soviel wie „entheimatet“, also, Menschen, die keine Heimat mehr haben, entwurzelt sind. Ich war völlig entwurzelt. Es gab in diesem Land keinen Ort und keine Menschen mehr, wohin ich hätten gehen können: Keine Eltern – sie, meine Schwester und fast alle Verwandten waren von den Nazis ermordet worden – und kein Elternhaus. Kein Ort, nirgends. Die Frage „Warum Israel?“ ist für mich deshalb ganz einfach zu beantworten: Wohin sonst?

Damals wollte ich so schnell wie möglich zu meiner Schwester Tosca und deren Mann Hans Lebrecht nach Palästina. Im September 1945 bin ich in Haifa angekommen. Ich war 20 Jahre alt, und vor mir lag mein ganzes Leben. In Palästina wollte ich ein Land aufbauen, in dem alle Menschen friedlich zusammen leben konnten. Eine Heimstätte, für die, die dort schon

lebten, und Zufluchtsstätte für die verfolgten Jüdinnen und Juden dieser Welt. Die arabischen Einflüsse haben mich völlig fasziniert und mich als Künstlerin inspiriert. Als Israel 1948 gegründet wurde, war ich glücklich. Das war mein Land, hier wollte ich die Lehren aus 12 Jahren Nazi-Diktatur umsetzen: nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus. Das war eine völlig naive Vorstellung, wie ich in einem sehr schmerzhaften Prozess lernen musste. Fortschrittliche Menschen wie Tosca und Hans sowie mein Mann Nissim und ich waren schon damals eine kleine Minderheit. Es waren jüdische Arbeitskollegen, die mir sagten: „Dich hat Hitler wohl vergessen zu vergasen.“

Trotzdem war und ist Israel meiner Ansicht nach bis heute wichtig als Heimstätte für verfolgte Jüdinnen und Juden.

Wir Jüdinnen und Juden brauchen Israel. Aber in den Grenzen von 1948! Die Palästinenserinnen und Palästinenser brauchen einen eigenen Staat, sie müssen Land dafür bekommen, und ihnen muss eine Wiedergutmachung gezahlt werden. Deshalb unterstütze ich die jüdische Stimme für einen gerechten Frieden.

Als ich 1960 mit meiner Familie nach Hamburg kam, hoffte ich, in ein demokratisches Land zu kommen, das seine Lektion aus dem Faschismus gelernt hatte. Auch das war naiv. Auch das musste ich in einem sehr schmerzhaften Prozess lernen. Schon bald waren wir mit alten und neuen Nazis konfrontiert.

Bis heute ist in der BRD diese wichtigste Lehre, das Verbot aller faschistischen Organisationen, nicht gezogen worden. Das ist zwar im Grundgesetz verankert, wird aber nicht umgesetzt. So lange Nazis marschieren können, werde ich nicht aufhören, gegen sie zu kämpfen. Auch wenn die NPD noch so sehr gegen mich hetzt und mir droht.

Wir leben trotzdem!

Esther Bejarano: vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Künstlerin für den Frieden.

Im Mai fand eine Lesung in Hamburg mit Esther und Birgit Gärtner (Journalistin) anlässlich des 65. Jahrestags der Befreiung statt.

Die Wurzeln des Faschismus in Schleswig-Holstein

Historisch gesehen lebten besonders germanische Stämme im Norden unseres heutigen Deutschlands. Die Germanen hatten ihre Götter und Götzen und ihre Kulte, die für sich gesehen heute keinen Schaden mehr anrichten. Aus dieser Zeit stammen die Findlinge, Runensteine, Langbetten, Hünengräber usw.

Es gibt Menschen, die sich gern mit Früh- und Vorgeschichte befassen, was im Grunde genommen nichts Verwerfliches ist. In Verbindung mit dem Rassismus mit dem aufkommen den Faschismus wurde der Germanenkult aber Hauptteil, und das besonders in Schleswig-Holstein, der nationalistischen Ideologie. Eine weitere Rolle spielte der Deutsch-Dänische Krieg 1864 mit der Auseinandersetzung des Deutschen Bundes mit dem Königreich Dänemark um Schleswig-Holstein, vor allem um das Herzogtum Schleswig. Österreichische und preußische Truppen unter dem Generalfeldmarschall Wrangel überschritten nach Ablauf eines Ultimatums die Eider. Zusammenhänge wieso und warum würden hier den Rahmen sprengen. Jedenfalls verlor Dänemark den Krieg und Schleswig-Holstein wurde von Preußen einverleibt, einschließlich das heutige Nordschleswig. (Holstein gehörte schon vorher zu Preußen.) Es entstand in gewissen Kreisen ein übersteigertes Nationalgefühl. Nach dem Ersten Weltkrieg musste Nordschleswig an Dänemark zurückgegeben werden.

Schleswig-Holstein ist ein Agrarland, Gutsbesitzer, Dithmarscher Freibauern, das Kleinbürgertum befürchteten das Erstarken der Arbeiterbewegung, wie es in den größeren Städten wie Kiel, Lübeck, Flensburg der Fall war, und wandten sich reaktionären und nationalistischen Kreisen zu. Gerade die NSDAP hatte in Schleswig-Holstein schon vor 1933 einen hohen Stimmenanteil erzielt. Es gab einige geistige Wegbereiter im westlichen Schleswig-Holstein. Z. B. Gustav Frenssen, Pastor und antisemitischer Schriftsteller, geb. 1863 in Barlt/Dithmarschen, gest. 1945 in Barlt. Zunächst schrieb er Heimatromane. In seinen Schriften ist völkisch-nationalistisches, militaristisches und imperialistisches Gedankengut zu finden. Er forderte ein starkes deutsches Reich. In seinem Werk „Der Glaube

der Nordmark“ legt Frenssen seine Ansichten von einem germanisch-völkischen Schicksalsglauben dar. Er befürwortete den Nationalsozialismus und verehrte Hitler. Seine Schriften nach 1933 sind übelste nationalistische Propaganda auf biologisch-rassistischer Grundlage und Durchhalteparolen am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Unverständlich ist es, dass es heute noch im Dichterviertel im Norden Kiels eine Frenssenstraße gibt, die schleunigst umbenannt werden sollte. (Das wäre eine Aufgabe für DIE LINKE, in der Kieler Ratsversammlung einen Antrag zu stellen.)

Als Ideologe der NS-Germanistik galt der 1862 in Wesselburen/Dithmarschen geborene Adolf Bartels. Er starb 1945 in Weimar. Er schrieb über die arische Rasse und den nordischen Ursprung der Germanen und grenzte sie dadurch von den Mittelmeervölkern ab. Er behauptete von sich, dass die Scheidung von Deutscher und Jüdischer Literaturgeschichte eines seiner besonderen Verdienste gewesen sei.

Der Dritte dieser Wegbereiter war der 1851 in Hadersleben geborene Julius Langbehn. Er meldete sich als Freiwilliger im 1870/71er Krieg gegen Frankreich und wurde als Leutnant der Reserve entlassen. Er studierte Archäologie und Kunstgeschichte. Langbehn begriff Rationalität, Wissenschaftlichkeit, Materialismus, Liberalismus, Kosmopolitismus als Degenerationserscheinungen und machte die Aufklärung dafür verantwortlich. Er hasste die Moderne und setzte den Typus des „Niederdeutschen“, verkörpert durch den Maler Rembrandt, dagegen. Mit seinem Werk „Rembrandt als Erzieher“ traf er den antiliberalen Zeitgeist von Teilen des deutschen Bürgertums. Das Buch hatte hohe Auflagen. Später aber wurde es als „Möchtegernphilosophie“ entlarvt.

Somit gab es viele Ursachen für das Anwachsen des Faschismus in Schleswig-Holstein. In den übrigen Landesteilen mögen andere Gründe eine Rolle gespielt haben.

Gerd Adolph

Quellenangaben: Internet, Veranstaltungsabend der Partei DIE LINKE

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg

stand auf dem Blumengesteck des Deutschen Freidenker Verbandes Landesverband Nord zum Gedenken an 7000 Tote der Cap-Arcona-Katastrophe.

Am 3. Mai jährte sich zum 65. Mal der Tag, an dem KZ Häftlinge aus Neuengamme (bei Hamburg) in die Neustädter Bucht getrieben wurden, auf Schiffe gepfercht und dann von englischen Bombern getroffen und versenkt wurden. Über dieses tragische Ereignis haben wir bereits mehrfach berichtet. Jedes Jahr nimmt der DFV an der Gedenkveranstaltung auf dem Ehrenfriedhof direkt am Ostseeufer Neustadt-Pelzerhaken teil. Jedes Jahr sind Überlebende, die sich aus der eiskalten Ostsee retten konnten, bei den verschiedenen Veranstaltungen dabei. Überlebende waren auch dieses Jahr wieder anwesend. So sprach, extra aus Australien angereist, der gebürtige Pole Marian T. Hawling. Besonders zeigte er sich erfreut, dass viele junge Menschen sich an dem Gedenken beteiligten. Die Teilnehmer der Kundgebung hörten einen erschütternden Bericht über die Erlebnisse des Überlebenden von vor 65 Jahren.

Weitere Redner waren der Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Dr. Detlef Garbe, der Bildungsminister von Schleswig-Holstein Ekkehard Klug sowie der Bürgermeister von Neustadt in Holstein Henning Reimann. In markigen Worten forderten Minister und Bürgermeister, dass es nie wieder Krieg geben dürfe. Es fiel aber kein kritisches Wort über das ausbeuterische Gesellschaftssystem, also den Kapitalismus, sowie kein Wort über die Beteiligung deutscher Truppen an Kriegseinsätzen wie in Afghanistan. Den musikalischen Rahmen gestalteten Schüler der Musikhochschule Neustadt. An der Kundgebung nahmen ca. 400 Menschen teil. Der DFV Nord war mit drei Vorstandsmitgliedern beteiligt.

A.Sch.



Eutin: 8. Mai 2010

Eine Bündnisveranstaltung, angeregt durch die VVN/BdA Ostholstein, wurde in Eutin zum 65. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai mit anderen Organisationen und Parteien durchgeführt. Von der SPD, der FDP und der CDU nahmen keine offiziellen Vertreter teil, obwohl auch diese Parteien eingeladen worden waren. Teilnehmer waren weiter die Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V. aus Hamburg, der Deutsche Freidenker-Verband (DFV), Landesverband Nord e.V. und die DKP-Gruppe Lübeck-Ostholstein sowie Teilnehmer aus dem Antifabereich. Für den DFV nahm Angelika Scheer an der Podiumsdiskussion teil. Moderiert wurde die Veranstaltung von Thorsten Lünzmann (DKP), die in den „Schlossterrassen“ unmittelbar am Eutiner See gelegen, stattfand.

Zunächst las Holger Schultze von der Willi-Bredel-Gesellschaft aus dem Buch „DIE PRÜFUNG“ vor, das der Hamburger Arbeiterschriftsteller unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Hamburger KZ Fuhlsbüttel („Kolafu“) 1934 im Exil in der Tschechoslowakei geschrieben hat und das in mehreren Sprachen übersetzt weltweit eines der ersten Berichte aus einem KZ in Deutschland war. Seit längerem wird die holsteinische Kleinstadt, die vor allem durch ihre Festspiele am Eutiner See und als Rosenstadt bekannt ist, von einer Neonazigruppe mit den Namen AG 5 terrorisiert. Schülerinnen und Schüler wurden körperlich bedroht, rechte Schmierereien an vielen Ecken der idyllischen Kleinstadt wie zum Beispiel am 20. April zum Hitler-Geburtstag usw. Erst kürzlich wurden die Scheiben einer Gaststätte in Eutin-Fissau mit Steinen, die in Flugblättern der genannten Gruppe eingewickelt waren, eingeworfen, weil die Wirtin es gewagt hatte, ein angekündigtes Antifa-Konzert nicht abzusagen. Erst diese faschistischen Aktivitäten veranlassten offensichtlich auch die örtliche Presse wie die Tageszeitungen „Ostholsteiner Anzeiger“, die „Lübecker Nachrichten“ und andere Blätter auf die seit zwei Jahren wiederholten Warnungen der Antifagruppe zu reagieren und über deren Veranstaltungen zu berichten sowie den VVN/BdA-Vorsitzenden Volker Rätzke zu interviewen. Inmitten des bunten Treibens auf dem Marktplatz Eutin hatte am Vormittag des 8. Mai bereits ein großer Informationsstand des Bündnisses mit reger Beteiligung die Bürger auf die Veranstaltungen der Antifaschisten aufmerksam gemacht. Wie Volker Rätzke in der nachmittäglichen Veranstaltung berichtete, gab es wohl keine verbalen Widersprüche gegen das Infomaterial der Initiative über die Aufklärung über den rechten Terror in der Geburtsstadt des Komponisten Carl Maria von Weber, die einst das „Weimar des Nordens“ genannt worden war. *USch.*

Nachlese: Menschenkette am 24. April 2010

Der Zeitpunkt für diese Aktion wurde bewusst kurz vor dem 24. Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl gewählt. Es ging gegen die Atompolitik der schwarz-gelben Regierung und in Schleswig-Holstein gegen die Wiederinbetriebnahme der Atommeiler Brunsbüttel und Krümmel und den Ausstieg aus der Atomenergie überhaupt. Laut „Kieler Nachrichten“ war die Aktion eine „logistische Meisterleistung“.

Am Sonnabend, den 24. April fuhren wir von Kiel mit 15 Bussen in Richtung Glückstadt. Die Anti-Atomkraft-Bewe-

gung, Gewerkschaften, die Friedensbewegung, das gesamte linke Spektrum, selbst die SPD, zogen mit. Umweltverbände, unter anderen der NABU, der BUND, die aus der frühen Arbeiterbewegung Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Naturfreunde waren dabei.

Unser Endziel war das am Deich gelegene Kollmar bei Glückstadt, wo um 14 Uhr die Aufstellung der Menschenkette begann. Geschlossen war sie um 14.30 Uhr und beendet um 15 Uhr. Danach fuhren wir mit den Bussen nach Glückstadt. Die Abschlusskundgebung fand auf dem Marktplatz statt, wo es Kleinigkeiten zu essen und Getränke zu kaufen gab. Anschließend machten wir uns mit den Bussen auf den Heimweg.

An der Kettenaktion von Brunsbüttel-Glückstadt über Hamburg nach Krümmel nahmen etwa 120.000 Menschen teil. Der Mitorganisator der Anti-Atomkraft-Bewegung Jochen Stay sagte: „Es wird weitergehen.“ Die Menschenkette wurde als Erfolg angesehen, die Demonstration verlief friedlich. Sollte sich an der derzeitigen Atompolitik nichts ändern, war diese Aktion nicht die letzte. *Gerd Adolph*

„Tag des offenen Denkmals“: Endlich an die Opfer der NS- Militärjustiz erinnern! Ein Deserteursdenkmal für Hamburg!

Von 18,2 Millionen deutschen Soldaten desertierten im Zweiten Weltkrieg 350.000 bis 400.000. Gegen 30.000 von ihnen verhängte die NS-Militärjustiz die Todesstrafe, die in etwa 23.000 Fällen vollstreckt wurde.

Auch Hamburg spielte bei der Aburteilung und Hinrichtung der „Fahnenflüchtigen“ und „Wehrkraftzersetzer“ eine unrühmliche Rolle. In der Hansestadt wurden Hunderte Militärangehörige zum Tode verurteilt und am Truppenschießplatz am Höltigbaum in Rahlstedt erschossen. Zwei Drittel von ihnen waren Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“. Weitere vierzig Deserteure wurden im Innenhof des Untersuchungsgefängnisses Holstenglacis geköpft. Bis auf den heutigen Tag erhielt kaum einer der Überlebenden und Angehörigen eine Entschädigung. Die Geste der politischen Rehabilitierung ließ mehr als ein halbes Jahrhundert auf sich warten.

Bereits in den 80er Jahren gab es in Hamburg Initiativen, die an die Deserteure der Wehrmacht erinnerten. 1990 gründete sich die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“, die sich für die politische Rehabilitierung der Deserteure einsetzte, im Jahr 2002 hob dann der Deutsche Bundestag die Wehrmachtsurteile an „Fahnenflüchtigen“ auf, im Sommer 2009 machte in Hamburg die Ausstellung „Was damals Recht war“ auf das Thema aufmerksam, im Herbst 2009 rehabilitierte der Bundestag die sogenannten „Kriegsverräter“, im Juni 2010 gedachte eine Hamburger Geschichtswerkstatt 68 Deserteure des 2. Weltkrieges, die heute auf dem Friedhof Ohlsdorf bestattet sind.

Während Hamburg am 11. und 12. September („Tag des offenen Denkmals“) zu „Stätten des Genusses“ einlädt, erinnern wir am



**Samstag, den 11. September 2010
17 bis 20 Uhr
am Dammtordenkmal („Kriegsklotz“)**

an die „Fahnenflüchtigen“ und „Wehrkraftzersetzer“ des Zweiten Weltkrieges, die sich nicht am verbrecherischen Krieg der Wehrmacht beteiligen wollten.

Wir rufen euch auf: Beteiligt euch mit Aktion und Kunst, mit Transparenten und Redebeiträgen, mit Stücken und Lesungen (Andersch, Borchert, Brecht, Hašek, Ossietzky, Tucholsky), mit der Vorstellung von Einzelschicksalen der Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“ an der Aktion. Ludwig Baumann (89 J.), der Vorsitzende des Bundesverbandes der Opfer der NS-Militärjustiz, hat sein Kommen zugesagt.

Zugleich mahnen wir ein dauerhaftes Gedenken an die Deserteure in Hamburg an. Kein Platz ist unserer Meinung nach für ein Deserteursdenkmal geeigneter als vor dem Kriegsklotz am Stephansplatz.

.....

Bilanz der Nationalismus-Party

BERLIN (Eigener Bericht) - Mit großer Zufriedenheit bilanzieren die deutschen Medien die nationalistische Kampagne zur jetzt zu Ende gegangenen Fußball-WM. Man habe in Deutschland „ein paar herrliche Sommertage“ verlebt, „durchtränkt von Stolz und Patriotismus“, heißt es in der Hauptstadtresse. Den aufgrund der NS-Verbrechen lange Zeit „außerordentlich problematischen“ Umgang mit nationalen Symbolen habe man überwunden, die Deutschlandfahne sei nunmehr zum „Ausdruck von Gemeinschaft“ geworden, erklärt die staatsfinanzierte Deutsche Welle.

Die jetzt zu Ende gehende Kampagne hat die nationale Mobilisierbarkeit der deutschen Bevölkerung weiter gesteigert - ein Umstand, dem erhebliche Bedeutung zukommt, da die Medien die Außenpolitik der Bundesregierung seit einigen Jahren zunehmend mit teils rassistisch gefärbten Massenkampagnen begleiten. Jüngstes Beispiel war die Kampagne gegen Griechenland anlässlich der Euro-Krise, die unter Nutzung rassistischer Stereotype aus dem 19. Jahrhundert durchgeführt wurde. Gewalttätige Übergriffe, die der angeblich friedliche „Party-Patriotismus“ hervorbrachte, werden dabei ebenso beschwiegen wie die bemerkenswerte Toleranz gegenüber NS-Symbolen bei den Public Viewings.

Newsletter vom 12.07.2010, mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57855>

Sonntag, 18. Juli 2010

Gescheitert an der Elbphilharmonie: Hamburgs Kultursenatorin von Welck gibt Amt auf

Sie war das Prestigeprojekt am Hamburger Hafen: Die Elbphilharmonie. Und die parteilose Kultursenatorin der Hansestadt, Karin von Welck, hatte den Bau maßgeblich vorangetrieben. Wegen explodierender Kosten war die 63-Jährige in den vergangenen Monaten immer stärker in die Kritik geraten. Pfuscher am Bau sorgte für weitere Negativschlagzeilen. Nun zog die Kultursenatorin die Konsequenzen und kündigte zum 25. August ihren Rücktritt an.

Aus: DeutschlandRadio Kultur vom 19.7.2010

Initiative zur Unterstützung der Menschen in Haiti 1. Februar 2010

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Das Erdbeben in Haiti hat uns alle sehr erschüttert. Viele von euch haben angefragt, wie sie helfen können. Bisher erfahren wir von außergewöhnlicher internationaler Spendenbereitschaft und der Hilfe großer Organisationen, denen es hoffentlich gelingt, die augenblickliche Not zu lindern. Wer aber welche Strukturen im Land aufbaut und wem sie zugute kommen, ist noch völlig unklar. Deshalb haben wir uns gedacht, dass es sinnvoll ist, Spenden erst einmal hier in Deutschland auf einem Konto zu sammeln, um sie dann direkt einem Projekt in Haiti zuzuwenden, damit das Geld zielgerichtet und nachhaltig eingesetzt wird. Den Kontakt zu einem entsprechenden Projekt will Yves Dorestal, unser haitianischer Freund und Ehemann von Christine Rose-Dorestal, herstellen, der sich zum Zeitpunkt des Erdbebens glücklicherweise noch im Weihnachtsurlaub bei seiner Familie in Hamburg befand. Er ist entschieden, sobald wie möglich nach Haiti zurückzukehren, um sich am Wiederaufbau der universitären Ausbildung und des geistigen Lebens in Haiti zu beteiligen. Vor Ort wird er sich einen realistischen Überblick über die Lage und die Bedürfnisse seiner Landsleute verschaffen können. Unsere Spenden möchte Yves einem Basisprojekt zukommen lassen. Im Moment denken wir, dass es im Bereich von Erziehung und Existenzsicherung von Frauen und Kindern angesiedelt sein sollte. Vor dem Erdbeben gab es in Haiti schon Basisorganisationen, in denen engagierte Bekannte von Yves arbeiteten, die er ansprechen will. Angesichts des Ausmaßes der Katastrophe werden die Menschen wohl eine langfristige Unterstützung brauchen, um neue Strukturen, in denen sie weiterleben können, aufzubauen. Ein zweiter Schritt wäre es also, wenn Yves solch ein Basisprojekt gefunden und eine Starthilfe gegeben hat, es weiter regelmäßig zu unterstützen. Viele von euch wissen nicht genau, wer Yves Dorestal ist und was er macht: Yves ist in Haiti geboren und aufgewachsen; er hat in Deutschland studiert und 1974 in Frankfurt promoviert. Nach Dozenturen an mehreren lateinamerikanischen Universitäten lehrt er seit 1995 an der staatlichen Universität von Port-au-Prince; bis Mitte 2009 nahm er 10 Jahre lang die Funktion eines Dekans wahr.

Wir haben ein Konto bei der ING.DiBa eröffnet. Die ING.DiBa ist eine Direktbank mit günstigen Konditionen: Kontoeröffnung und Kontoführung werden ausschließlich über Internet, Telefon oder Brief abgewickelt und sind gebührenfrei. Die Zinskonditionen sind überdurchschnittlich gut. Zurzeit betragen sie bis Ende Juni 2 %.

Überweist eure Spenden bitte auf folgendes Konto:

Christine Rose-Dorestal, Stichwort: Haiti-Hilfe ING.Diba, Bankleitzahl: 500 105 17 Kontonummer: 553 194 8740

Wenn ihr Geld einzahlt, gebt uns bitte eure Adresse/ E-Mail-Adresse an, damit wir euch über die Verwendung der Spenden und den Fortgang der Aktion informieren können. Es grüßen euch

*Christine Rose-Dorestal, Ingrid-Becker-Ross,
Margret Schneider-Hust*



Herausgeber: Deutscher Freidenker Verband, Landesverband Nord e.V.

Redaktion: Uwe Scheer, Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg (Adressenänderung!), Tel. (0 40) 6 31 62 60
Dr. Elli-Marie Simon, Kirschenallee 51, 17235 Neustrelitz, Tel. (0 39 81) 44 32 05,
Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Redaktionsschluss: jeweils zur Vorstandssitzung; für die Ausgabe 1/2011: 31.11.2010

Auf dieses **Konto** können Beitrag und Spenden gezahlt werden: DFV-Landesverband Nord e.V.
Nr. 108359207 (BLZ 200 100 20) bei der Postbank Hamburg

Der DFV im Internet:

<http://www.dfv-nord.de> oder www.freidenker.de

Der Bezug des **Rundbriefs** ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro. Für Nichtmitglieder kann der **Rundbrief** in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Tipps und Termine bis zum Jahresende 2010

DEUTSCHER FREIDENKER-VERBAND (DFV) e.V. DFV-Verbandsvorstand (VV)

9.10. Antiimperialistische Konferenz des DFV in Berlin
10.10. gVV-Sitzung in Berlin
(Einzelheiten bitte der Verbandszeitschrift FREIDENKER entnehmen)
20./21.11. VV-Sitzung in Magdeburg

DFV-Landesverband Nord e. V.

7.8. Infostand beim „Heideruhfest“, Ahornweg 45, OT Seppensen in Buchholz i. d. Nordheide. (Mitglieder und Infostand waren dabei)
21.8. Infostand beim „Wasserturmfest“ in Elmshorn, Reinhold-Jürgensen-Zentrum der DKP, Jahnstraße 21 (gegenüber dem Wasserturm) von 15.00 bis 23.00 Uhr (wir sind oder waren mit Infostand dabei)
4.9. zum Antikriegstag/ Weltfriedenstag in Hamburg. Genaue Infos unter www.Hamburger-Forum.org (Achtung: Terminverschiebungen)
19.9., 10.00 Uhr Friedhof Hamburg-Ohlsdorf: Tag des Friedhofs - Infostand zusammen mit der Willi-Bredel-Gesellschaft.

22.10/23.10/24.10., WOCHENENDSEMINAR (s. Einladung in diesem Rundbrief)

im Naturfreundehaus in Kalifornien bei Kiel an der Ostsee.
Anreise ab Freitag, d. 22.10. möglich
Zum Ablauf:
22.10. - Abends Redaktionssitzung für den Rundbrief Ausgabe 1/2011 (Teilnahme wer möchte) und gemütliches Beisammensein
23.10. - vormittags Vorstandssitzung
23.10. - nach dem Mittagessen: Thema des Seminars: Kultur ist, wie der Mensch lebt
24.10.- vormittags: Außerordentliche Mitgliederversammlung (s. Einladungstext)

Orts- und Kreisverbände:

Hamburg

Hamburger Termine werden bekanntgegeben und an Mitglieder und Freunde mit Einladungen versandt.
Infos: Uwe Scheer, Tel. 040/631 62 60

Kiel

DFV-Mitglieder und Mitglieder des IBKA treffen sich als „Atheistische Gruppe“ jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr in der Friedenswerkstatt, Exerzierplatz 19.
Infos: Gerd Adolph; Tel.0431/52 48 07

Neustrelitz

12.9. um 10.00 Uhr Gedenkveranstaltung am Ehrenmal
Mitglieder und Freunde des KV Neustrelitz bekommen die Einladungen mit den Terminen für die Zusammenkünfte zugesandt. Infos: Dr. Elli Marie Simon (Tel. 03981/ 44 32 05)

Lüneburg

Infos: Cornelius Kaal, Stellv. Landesvorsitzender, (Tel. 05823-953174 o. 0177-2049867)

Bremen/Bremerhaven:

Infos: z. Zt. über Uwe Scheer (Tel 040/631 62 60)

Befreundete Organisationen:

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.

Klapperhof 1, 21033 Hamburg
Infos und Anmeldungen für 2011:
Helmuth Sturmhoebel; Vorsitzender (Tel. 040/724 55 45)
ag-jugendweihe-hh@jugendweihe-info.de
Für die Jugendweihe in Lüneburg und Umgebung; s. o.
Infos: Cornelius Kaal, (Tel. 05823-953174 o. 0177-2049867)
www.jugendweihe-hamburg.beep.de
Anmeldungen für Kurs und Jugendfeier am 11. Juni 2011 ab sofort möglich.

HAMBURGER FORUM für Völkerverständigung und Abrüstung e. V.

Zum Antikriegstag/Weltfriedenstag am 1. September - Demonstration am 4.9. ab 12.30 Uhr, Bhf. Sternschanze; Abschluss: 14.00 Uhr Methfesselfest-Else-Rauch-Platz in Eimsbüttel

Willi-Bredel-Gesellschaft (WBG) – Geschichtswerkstatt e.V.

11.9. Veranstaltung am Kriegerdenkmal („Kriegsklotz“) am Damm-torbahnhof in Hamburg (siehe Beitrag in diesem Rundbrief)
Weiter gibt es Führungen durch die Ausstellung „Zwangsarbeiter in Hamburg“, Wilhelm Raabe-Weg 23. Termine der WBG unter www.willi-bredel-gesellschaft.de oder unter der Telefonnummer 040/59 11 07. Adresse: Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg (U- und S-Bahnstation Hamburg-Ohlsdorf). Die Geschichtswerkstatt ist jeweils dienstags von 16.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/VVN/BdA,

Landesverband Hamburg; Infos s. www.vvn-bda.hamburg.de), VVN-BdA-Landesverband Schleswig-Holstein, Lindenstr. 9, 24118 Kiel;
Kontakt und Infos: e-Mail: vvv-bda-sh@t-online.de und www.kueste.vvn-bda.de

12.9. - Gedenkveranstaltungen zum Tag der Erinnerung in Hamburg, Kiel, Rostock, Neustrelitz und anderen Orten Norddeutschlands

ver.di Landesbezirk Hamburg:

Arbeitskreis Antirassismus:
Jeden ersten Dienstag im Monat, 18.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60

Erich-Mühsam-Gesellschaft e.V., Lübeck

Kontakt: Sabine Kruse, Charlottenstraße 23, 23560 Lübeck
Infos: www.erich-muehsam-gesellschaft.de

Stand 10.8.10/Sche